



Antisemitismus – der Sozialismus des dummen Kerls. Zum Wiederaufleben einer alten Denkfigur

Mario Keßler (MLS, Potsdam/Berlin)

Veröffentlicht: 10. Dezember 2024

Abstract

The lecture provides an overview of the changing and discontinuous relationship between the international left and anti-Semitism. Until the last quarter of the 19th century, there were still strong prejudices in the European labour movement against “the Jew” as a symbol of capitalist exploitation. Even Marx and Engels were not free from anti-Semitic prejudices, which Engels overcame at the end of his life and called for a fight against anti-Semitism. The realisation that proletarians and Jews were among society’s marginalised parts, albeit in different ways, ultimately brought the two groups together. This affected both social democrats and communists. The high point of this common ground was the fight against fascism. The emergence of the State of Israel, the Middle East conflict, but also Stalinist and post-Stalinist anti-Semitism caused cracks in this alliance. The collapse of socialist-communist hopes and the emergence of a “post-colonial” substitute ideology in place of internationalism, which de facto also ignores the interests of the Palestinians, have been accompanied in recent years by an ever-increasing hatred of Jews, labelled as criticism of Israel, which now seriously questions the existence of Jews as a group in the so-called diaspora. The century-and-a-half-long alliance between the left and the Jews is now almost in ruins in many parts of the world.

Zusammenfassung

Der Vortrag behandelt das wechselvolle und diskontinuierliche Verhältnis der internationalen Linken zum Antisemitismus im Überblick. Noch bis zum letzten Viertel des 19. Jahrhunderts existierten in der europäischen Arbeiterbewegung starke Vorurteile gegenüber “dem Juden” als Sinnbild kapitalistischer Ausbeutung. Auch Marx und Engels waren von jüdenfeindlichen Vorurteilen nicht frei, die Engels jedoch am Ende seines Lebens überwand und zum Kampf gegen den Antisemitismus aufrief. Die Erkenntnis, dass Proletarier und Juden, wenn auch in verschiedener Weise, zu den ausgegrenzten Teilen der Gesellschaft gehörten, führten beide Gruppen schließlich zusammen. Dies betraf sowohl Sozialdemokraten wie Kommunisten. Den Höhepunkt dieser Gemeinsamkeit bildete der Kampf gegen den Faschismus. Die Entstehung des Staates Israel, der Nahostkonflikt, aber auch der stalinistische und poststalinistische Antisemitismus sorgten für Risse in diesem Bündnis. Der Zerfall sozialistisch-kommunistischer Hoffnungen und das Aufkommen einer “postkolonialen” Ersatzideologie anstelle des Internationalismus, die de facto auch an den Interessen der Palästinenser vorbeigeht, gingen in den letzten Jahren mit einem ständig steigenden, als Israelkritik firmierten Jüdenhass einher, der nunmehr die Existenz der Juden als Gruppe in der sogenannten Diaspora ernsthaft infrage stellt. Das anderthalb Jahrhunderte währende Bündnis zwischen Linken und Juden liegt heute in vielen Teilen der Welt fast in Trümmern.

Keywords / Schlüsselwörter

Antisemitism, Judeophobia, Labour Movement, Germany, Israel, Communism, Socialism; Antisemitismus, Judenfeindschaft; Arbeiterbewegung; Deutschland; Israel; Kommunismus; Sozialismus.

Antisemitismus – jüdische Emanzipation – Sozialismus

„Der Antisemitismus ist der Sozialismus des dummen Kerls“ – diese Wortschöpfung wird irrtümlicherweise August Bebel zugeschrieben. Er selbst führte jedoch in einem Interview 1894 den Ausspruch auf den österreichischen demokratischen Parlamentarier Ferdinand Kronawetter zurück (Bebel 1894: 24). Später schrieb der Kommunist Otto Heller das Bonmot dem Sozialdemokraten Engelbert Pernerstorfer zu (Heller 1933: 132). Heller hoffte noch Ende 1932 auf die Lösung der jüdischen Frage durch den Sozialismus. Nur Wochen vor Hitlers Machtantritt schrieb er: „Eine wirkliche Judenfrage besteht heute nur in Ost- und Südeuropa, in den Gebieten rückständiger gesellschaftlicher Entwicklung.“ (Heller 1932: 91.) Noch im März 1945 wurde Heller von den Judenschlächtern ermordet. Sein Freund Bruno Frei schrieb über dessen Prognose: „Selten ist eine historische Fehleinschätzung so tragisch widerlegt worden.“ (Frei 1975: 4.)

Das Eintreten für eine vollständige Emanzipation der Juden wurde trotz mancher Widersprüchlichkeiten seit der Aufklärung im 18. Jahrhundert ein Bestandteil des Kampfes um eine gerechtere Welt. Somit war auch der Anspruch der Arbeiterbewegung, eine klassenlose Gesellschaft zu errichten, mit dem Ringen um Gleichberechtigung aller ethnisch-kulturellen Gruppen verbunden. „Bereits in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts“, so Walter Grab, „gelangte eine Anzahl jüdischer Intellektueller zur Erkenntnis, dass die Befreiung der Arbeiter von kapitalistischer Ausbeutung und die Emanzipation der Juden von religiöser und rassistischer Diskriminierung zwei Seiten derselben Medaille waren. Sie betonten, dass die beiden Außenseitergruppen den Druck der Repressionsgewalten nur durch eigene gezielte Selbsttätigkeit abschütteln könnten. Es ist daher keineswegs Zufall, dass zu den Pionieren der entstehenden sozialistischen Arbeiterbewegung Persönlichkeiten gehörten, die dem Judentum entstammten.“ (Grab 186: 357) Verstanden die Judenfeinde unter dem Wort von der Judenfrage ihre meist gewaltsame „Lösung“ durch Ausgrenzung, Vertreibung und Vernichtung, sah der humane Teil der Menschheit, darunter die Arbeiterbewegung, im Wort von der Lösung der Judenfrage die Integration der Juden als gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft, wobei über die Wege der Integration durchaus gestritten wurde.

Ein Blick in die Vergangenheit zeigt jedoch, dass die Haltung zum Antisemitismus, später auch zum Zionismus wie zum Staat Israel unter Linken immer ein widersprüchliches Feld war. Nach anfänglicher Ignoranz oder ostentativer Abwehr, so durch Karl Marx, befasste sich die Arbeiterbewegung seit etwa 1880 mit dem Antisemitismus (vgl. Melis 2019). Der Schriftsteller Wilhelm Marr hatte den Begriff soeben „hoffähig“ gemacht. Schon früh zeichneten sich zwei Tendenzen ab: Einerseits bekämpfte die internationale Arbeiterbewegung den Antisemitismus, andererseits unterschätzte sie ihn. Dabei musste sich schon die frühe Arbeiterbewegung mit antisemitischen Vorurteilen in ihren eigenen Reihen auseinandersetzen: Es half Karl Marx wenig, dass er in einer seiner wichtigsten (doch wohl auch schwächsten) Frühschriften, „Zur Judenfrage“, die Emanzipation der Juden durch die Emanzipation der Gesellschaft vom Judentum, d. h. durch eine Vorwegnahme des sozialistischen Assimilationskonzeptes, erreichen wollte. Für viele seiner Gegner blieb er „der“ Jude. Eduard von Müller-Telling, ein ehemaliger Parteigänger von Marx, veröffentlichte nach seinem Abfall vom Lager der Revolution im Jahre 1850 die polemische Schrift „Vorgesmack in die künftige deutsche Diktatur von Marx und Engels“, worin Marx als ein „aufgeblasener Jude“

geschmäht wurde, der angeblich „demokratischen Knoblauch ... ausdunstet.“ (zit. n. Silberner 1983: 327) Zwanzig Jahre später griff Michail Bakunin die Marxisten an und behauptete, sie seien „ein Haufen kleiner Jüdchen, ... Literaturmakler und Börsenmakler... Alle gehören dieser geschäftigen, intriganten, ausbeuterischen, durch und durch bürgerlichen Nationalität an, teils durch Überlieferung, teils durch Instinkt“, so Bakunin, der sich damit als ein geistiger Vorläufer der „Protokolle der Weisen von Zion“ erwies. Die Juden bildeten „eine ausbeuterische Sekte, ein Blutegelvolk, einen einzigen fressenden Parasiten... Mit einem Fuß stehen sie in der Bank, mit dem anderen in der sozialistischen Bewegung, mit dem Hintern sitzen sie in Deutschlands Tagesliteratur. Sämtliche Zeitungen sind in ihrer Hand.“ (Bakunin 1969: 180.)

Bakunins anarchistisches Ideengut beeinflusste stark die französische Arbeiterbewegung, und dabei fand auch sein Antisemitismus unter französischen Frühsozialisten seine Anhänger. Einige von ihnen verhalfen den rassistischen Strömungen in der Dritten Republik mindestens indirekt zum Durchbruch, wie der Historiker Zeev Sternhell herausgearbeitet hat. (Sternhell 1978: 177ff.) Agrarromantik und Großstadtfeindschaft, die Gleichsetzung nahezu aller Juden mit Kapitalisten und Nutznießern der Industrialisierung sowie, davon abgeleitet, vorgeblich ökonomisch motivierte Angriffe gegen „jüdisches“ Kapital und Bankwesen – all dies wuchs zu einer spezifisch französischen Spielart des Antisemitismus von links zusammen. Verschiedene, doch häufige Äußerungen von Auguste Blanqui und seinen Schülern Gustave Tridon und Benoit Malon, von Charles Fourier, Pierre Léroux oder auch Georges Sorel richteten sich gegen die Juden und verbanden sich mit Antimodernität und der Gegnerschaft zur bürgerlich-parlamentarischen Republik. So schrieb Blanqui 1851: „Die allgemeine Abstimmung ist eine beschlossene Sache (er meinte Louis Bonapartes Plebiszit, M. K.). Das ist die Inthronisation der Rothschilds, die Thronbesteigung der Juden.“ (Zit. ebd.: 189.)

Der Fourier-Schüler Alphonse Toussenel veröffentlichte 1845 sein Hauptwerk „Les juifs, rois de l'époque“, worin er die Juden für das Elend der Arbeiter im Kapitalismus verantwortlich machte. Sein Meister Fourier sprach von ihnen als dem „Feind der Menschheit.“ (Zit. ebd.: 186.) Pierre-Joseph Proudhon denunzierte Heinrich Heine als Spion, Marx als böses, neidisches Wesen und forderte: „Man muss ihre (der Juden, M. K.) Vertreibung aus Frankreich verlangen, ausgenommen derjenigen, die mit Französisinnen verheiratet sind; man muss den Kultus verbieten, denn der Jude ist der Feind der Menschheit, man muss diese Rasse nach Asien zurückschicken oder sie ausrotten.“ (Dreyfus, F.-G. 1981: 233.) Hier finden sich konzentriert bereits alle antijüdischen Glaubenssätze des künftigen Faschismus. Charles Maurras, der Begründer der Action française, sollte in seinem Cercle Proudhon linksradikale Syndikalisten, präfaschistische Antisemiten und demokratiefeindliche nationalistische Abenteuerer zusammenführen (vgl. Brumlik 1991: 15).

Erst die Auseinandersetzungen in der Affäre Dreyfus sollte den längst fälligen Bruch zwischen revolutionärer Linker und Antisemitismus in Frankreich mit sich bringen. Der Dreyfus-Prozess beantwortete die Frage, auf welcher Seite der Antisemitismus zu finden war: Judenfeindschaft, Chauvinismus und Antirepublikanismus wuchsen zu einander ergänzenden Komponenten einer fortschrittsfeindlichen Kampagne zusammen, die letztlich auch die legale Tätigkeit der Arbeiterbewegung bedrohte. Die Sozialisten schlossen sich der anfänglichen Hysterie, die das Geschehen begleitete, zwar nicht an, unterschätzten jedoch die politische Bedeutung der Affäre. Zwar bezeichnete Jules Guesde Emile Zolas Aufruf „J'accuse“ als „die revolutionärste Tat des Jahrhunderts“, warnte aber wie die Blanquisten davor, „das Proletariat in einen Kampf zu verwickeln, der im Wesentlichen ein bürgerlicher Kampf“ sei. (Zit. n. Green: 386.) Sogar Jean Jaurès lehnte noch im Januar 1898 eine eindeutige Parteinahme ab, wurde alsbald aber der entschiedenste Fürsprecher Dreyfus' im Lager der Sozialisten. Er kam rasch zur Erkenntnis, dass die Arbeiterklasse zum ersten Opfer militärischer

Gewalt würde und folglich am meisten an der Einhaltung der Gesetze interessiert sein müsse, der Dreyfus-Prozess somit ein Probelauf auf dem Weg zur Beseitigung der Republik und des Rechtsstaates sei. Noch nie“, beschwor Jaurès die zögernden Sozialisten, „war die Republik in einer solchen Gefahr; lässt man den Generalen freie Hand, so gibt es bald keine Sozialisten und keine Republikaner mehr.“ (Zit. n. Zévaès 1947: 264.) Es war die Einheit von Sozialisten und Liberalen, die schließlich die Rehabilitierung von Dreyfus erzwang, und es war kein Zufall, dass sich im Prozess dieser Kämpfe die Sozialisten 1905 zu einer politisch einheitlichen Kraft formierten.

Der Dreyfus-Prozess führte jedoch auch 1897 zur institutionellen Begründung des politischen Zionismus, nachdem Theodor Herzl ein Jahr zuvor mit seinem Buch „Der Judenstaat“ dafür die ideologische Grundlage geboten hatte. Die zionistische Bewegung stieß unter Sozialisten mehrheitlich auf Ablehnung, und dies sollte bis zum Aufstieg Hitlers auch so bleiben. Es gab jedoch schon vor dem Ersten Weltkrieg zionistenfreundliche Stimmen, die oft, hier der bürgerlichen Meinung folgend, den Zionismus als koloniasatorisch-zivilisatorisches Element inmitten des „wildem“ Nahen Ostens sahen, was teilweise auch chauvinistische Positionen gegenüber den Arabern Palästinas implizierte. Die Zukunft der Juden freilich läge in Europa. Ohnehin würden sie sich immer mehr ihrer nichtjüdischen Umwelt angleichen. Sozialistische Theoretiker wie Karl Kautsky und Otto Bauer befürworteten konsequenterweise die Integration der Juden durch Assimilation. Ihnen standen bereits ab 1905-06 sozialistische Zionisten gegenüber, die eine jüdische Kolonisation in Palästina anstrebten. Die Mehrzahl von ihnen hoffte auf einen Ausgleich mit den Arabern, eine Minderheit ignorierte deren Befürchtungen (vgl. u. a. Keßler, 2022).

So lagen die Dinge in West- und Mitteleuropa. Anders sah es jedoch in Osteuropa aus, im Herrschaftsbereich des zaristischen Russlands und in Rumänien. Zum einen verhinderte eine rigide antisemitische Gesetzgebung und die daran geknüpfte Alltagspraxis eine Integration der dort zum Teil kompakt lebenden jüdischen Bevölkerung. Logisch bedingte zum anderen die Forderung nach Emanzipation dort ihre Befreiung als Volk mit weitgehend nationalen und kulturell spezifischen Merkmalen. Da die Juden aber kein eigenes Territorium besaßen, war ein Teil des Strebens nach Emanzipation mit der Forderung nach einem solchen Territorium verbunden, was den Aufstieg des Zionismus ermöglichte. Doch suchte ein anderer Teil die Emanzipation innerhalb der Mehrheitsgesellschaft bei Beibehaltung jüdischer national-kultureller Autonomie zu verwirklichen. Nur eine Minderheit der osteuropäischen Sozialisten, zu ihnen gehörte auch Rosa Luxemburg, übernahm zunächst das Emanzipations- und Assimilations-Paradigma des westlichen Sozialismus.

Der entscheidende Unterschied zu West- und Mitteleuropa war, dass das Zarenregime im ausgehenden 19. Jahrhundert den Antisemitismus systematisch als Herrschaftsmittel einsetzte. Damals versuchte der Zarismus das Reich zu einem homogenen Volkskörper umzugestalten, um dem sinkenden Anteil von Russen an der Gesamtbevölkerung entgegenzuwirken.

Der rabiate Antisemitismus wurde dabei hauptsächlich vom Adel getragen und von der Kirche ideologisch flankiert, fand aber seine Basis in allen Klassen der Gesellschaft. Er diente auch als Mittel, um Bauern und rückständige Arbeiter (oft proletarisierte Bauern) als Klientel zu gewinnen. Die Haltungen des zaristischen Apparats und des Adels wiesen dabei eine bedeutende Gemeinsamkeit auf: den Wunsch, das alte, vormoderne Russland gegenüber der fortschreitenden Industrialisierung zu retten. Dieser in den achtziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts einsetzende Prozess brachte eine Wandlung der antijüdischen Politik der russischen Eliten mit sich. Diese antijüdische Politik war nun nicht länger ein bloßes Herrschaftsmittel unter anderen, um eine unterdrückte Nationalität innerhalb des Russischen Reiches niederzuhalten. Sie wurde vielmehr zum Synonym für die Modernisierungsängste, die die vorbürgerliche Herrscherschicht ergriff.

Noch in den achtziger und frühen neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts sollten russische und jüdische Proletarier allein durch den Gedanken der Klassensolidarität zusammengeführt werden. Aber dies erwies sich vorerst als unmöglich. Denn die nicht kurzfristig behebbare kulturelle und sprachliche Isolation des jüdischen vom nichtjüdischen Proletariat drängte zumindest mittelfristig die jüdischen Arbeiter und die mit ihnen verbundenen Intellektuellen zu einer Selbstorganisation innerhalb des nationalen Rahmens.

Antijüdische Vorurteile waren im russischen Volk und seiner Intelligenz derart weitverbreitet, dass auch Kontakte innerhalb der revolutionären Bewegung sich zunächst schwierig gestalteten. Die Narodnaja Wolja, der übrigens auch Juden angehörten, begrüßte sogar die 1881/82 vom Zarismus inszenierten Pogrome. Sie war von der Idee geleitet, mit ihnen werde eine Bewegung einsetzen, die sich letztlich gegen die bestehende Ordnung richte. Die Narodnaja Wolja durchschaute nicht die Funktion des Antisemitismus als Herrschaftsmittel des Regimes und sah ihn lediglich als Ausdruck allgemeiner Unzufriedenheit der Bauern mit den herrschenden Zuständen. In der Presse der Narodniki (der Angehörigen der Narodnaja Wolja) kam es zu offenen antijüdischen Ausbrüchen. So hieß es in einem Aufruf:

„Das Leben in der Ukraine ist schwierig, und je mehr Zeit vergeht, desto schwieriger wird es für die Menschen... Die Menschen in der Ukraine leiden vor allem unter den Juden. Wer nimmt uns das Land, die Wälder, die Tavernen aus den Händen? Die Juden. Bei wem muss der Mushik, oft mit Tränen in den Augen, um die Erlaubnis betteln, sein eigenes Feld, sein eigenes Stück Land zu bekommen? – Bei den Juden. Wohin man auch schaut, wohin man auch geht – die Juden sind allgegenwärtig. Der Jude verflucht dich, betrügt dich, trinkt dein Blut. [...] Aber sobald sich jetzt die Mushiks erheben, um sich von ihren Feinden zu befreien, wie sie es in Jelisawetgrad, Kiew, Smela getan haben, kommt der Zar sofort zur Rettung der Juden; die Soldaten aus Russland werden gerufen und das Blut der Mushiks, das christliche Blut, fließt.“¹

Einer der ersten jüdischen Revolutionäre, der die Problematik durchdachte, war Pawel Axelrod. Er war geschockt von der befürwortenden Haltung der Narodnaja Wolja zu den Pogromen. Dies veranlasste ihn zur Niederschrift des Aufsatzes „Über die Aufgaben der jüdisch-sozialistischen Intelligenz“. Axelrod kam zu dem Ergebnis, dass unter den jüdischen Proletariern eine spezielle Agitation notwendig sei. Das Ziel dieser Anstrengungen sei keineswegs die nationale Wiedergeburt des Judentums, sondern die Herstellung einer Klassensolidarität von jüdischen und nichtjüdischen Arbeitern. Diese solle zur rechtlichen Gleichstellung der Juden mit der übrigen Bevölkerung sowie zur Einrichtung demokratischer Institutionen beitragen.

Unter dem Zarismus sei aber, anders als in Westeuropa, eine Assimilierung der jüdischen an die nichtjüdische Bevölkerung nicht möglich. Anders als in Westeuropa verfügten die Juden über die bessere Bildung und die größere politische Reife. Eine Assimilation setze aber eine Homogenisierung im Niveau der verschiedenen Gruppen voraus. „Wenn wir also von der Verschmelzung der jüdischen Masse mit der christlichen Bevölkerung sprechen, meinen wir nicht ihre einfache Verschmelzung mit den bestehenden Elementen, wie sie sind.“²

Die jüdischen Sozialisten stünden also vor einer doppelten Aufgabe: Sie müssten einerseits die jüdischen Werktätigen für den Klassenkampf gewinnen und andererseits die russischen Revolutionäre davon überzeugen, dass der Kampf gegen antijüdische Vorurteile Grundlage jedes gemeinsamen revolutionären Handelns sei. Axelrods Zirkular stieß unter

¹ G. G. Romanenko in der Oktober-Ausgabe von „Narodnaja Wolja“, der gleichnamigen Zeitschrift der Organisation, zit. in: Aronson: 205f.

² P. B. Aksel'rod, O zadačach evrejsko-sočialističeskoj intelligencii: 227.

seinen Genossen jedoch auf Ablehnung, so dass er es nicht veröffentlichte. Es erschien erst 1924 in Berlin.³

Der wichtigste Grund für die Entstehung einer eigenständigen jüdischen Arbeiterbewegung im Zarenreich war die erzwungene, nicht kurzfristig behebbare kulturelle und vor allem auch sprachliche Isolierung des jüdischen vom nichtjüdischen Proletariat. Davon ausgehend, gelangten noch vor 1890 immer mehr jüdische revolutionäre Intellektuelle zu der Erkenntnis, dass eine spezielle Organisation unter den jüdischen Arbeitern wirksam werden müsse. Unter diesen Intellektuellen befanden sich bereits die späteren führenden Köpfe des 1897 gegründeten Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes von Russland, Polen und Litauen, kurz Bund genannt.⁴ Er bildete eine Keimzelle für die ein Jahr darauf entstandene Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands, der SDAPR (vgl. zu seiner Geschichte Mendelsohn 1970; Bunzl 1975; Frankel 1981; Weinstock, Bd. 1, 2002; Wolff 2014).

Für die Bolschewiki stand die Bekämpfung des Antisemitismus außer Frage. Lenin bestand jedoch darauf, dass der Erfolg dieses Kampfes entscheidend von der Existenz einer organisatorisch einheitlichen, straff geführten Partei abhinge, da anders die Festung der zaristischen Selbstherrschaft nicht eingenommen werden könne. Er wies die Ansprüche des Jüdischen Arbeiterbundes auf eine eigenständige Organisation innerhalb der russischen Sozialdemokratie zurück.

Doch ab 1917, nach dem Sieg in der Oktoberrevolution, sah Lenin wie auch Trotzki die Dinge differenzierter. Ihnen galten nun die kompakt lebenden, zumeist Jiddisch sprechenden Juden Osteuropas als Nation bzw. Nationalität, deren Streben nach national-kultureller Autonomie sich aber der zweckgerichteten Einheit der Arbeiterbewegung unterzuordnen habe. Letztlich würde sich die „jüdische Frage“, wie alle anderen nationalen Fragen, im Rahmen der sozialistischen Revolution lösen. Die Bolschewiki lehnten daher sowohl den Zionismus als auch national-jüdische Autonomiebestrebungen innerhalb der Diaspora, wie sie der Jüdische Arbeiterbund vertrat, ab. Dagegen förderten sie zunächst die jiddische Kultur. In der Weimarer Republik – und auch dies kann ich hier nur skizzieren – bekämpften die Linken, trotz einiger Entgleisungen in KPD und SPD, den Antisemitismus der aufkommenden Nazibewegung, wenngleich sie oft dessen Dynamik unterschätzten. Die Hitlerfaschisten mussten erst die deutsche organisierte Arbeiterbewegung zerschlagen, bevor sie ans „Werk“ der Entrechtung, Vertreibung und schließlich Ausrottung der Juden gehen konnten.

Neue Fragen, neue Antworten nach Auschwitz

Mit dem auch für die Arbeiterbewegung unvorhersehbaren und unvorstellbaren historischen Vorgang der fabrikmäßig organisierten Vernichtung der Juden während des Nationalsozialismus hatte der Zionismus eine furchtbare Rechtfertigung erfahren. Der ungeheure Zivilisationsbruch von Auschwitz machte die Gründung einer eigenen Heimstätte für das jüdische Volk zu einem unabdingbaren Erfordernis, und dies unabhängig davon, ob sich die Mehrheit der somit Geretteten als Zionisten verstand oder nicht. Im Mai 1948 wurde der Staat Israel gegründet, der sofort von arabischen Armeen angegriffen wurde. Die deutsche und internationale Linke stand damals aufseiten Israels.

³ Gegen eine Veröffentlichung hatte sich auch Axelrods Genosse Lew Deutsch, der selbst Jude war, gewandt, so in einem Nachsatz zu einem Brief Pjotr Lawrows an Axelrod vom 26. 3. 1882. Vgl. ebd.: 218. Vgl. auch Ascher 1965.

⁴ Russisch: Vseobščij evrejskij sojuz v Rossii, Pol'she i Litve; jiddisch: Algemeyner Yiddisher Arbeter Bund in Rusland, Poyln un Lite. In späteren Dokumenten wurde Litauen zuerst genannt.

Ich wende mich nun Deutschland zu: Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Antifaschismus kurze Zeit der zentrale Bezugspunkt nicht nur der deutschen Arbeiterbewegung, sondern auch bürgerlicher Kräfte. Der Begriff des Antifaschismus wurde, auch in der KPD, mit demokratischem Inhalt gefüllt. Die unmittelbare Nachkriegsphase währte jedoch nicht lange: Der Umgang mit dem Erbe des Antifaschismus begann entlang der Frontlinien des aufkommenden Kalten Krieges zu zerfallen.

Antifaschismus und Demokratie fielen auseinander. Vereinfacht gesagt, entstand in Westdeutschland eine allmählich immer besser funktionierende bürgerliche Demokratie, doch zunächst ohne ausreichende Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, sprich: ohne ein antifaschistisches Bewusstsein. Der stattdessen aufkommende Begriff des Antitotalitarismus erlaubte früheren Anhängern des Naziregimes, allzu eifertig die Gesinnung zu wechseln, war doch der einstige Hass auf den „Bolschewismus“ in demokratischem Vokabular nunmehr wieder gefragt – wenn auch unter der geforderten Ausklammerung antisemitischer Sprache, was nicht immer gelang.

Dabei trat die SPD von Anfang an für möglichst enge Beziehungen zu Israel ein – gegen teilweise starke Widerstände der bürgerlichen Parteien mit ihren zahlreichen Ex-Nazis und NS-Funktionsträgern in wiederum hohen Positionen. Hingegen stand die SPD mit zahlreichen Verfolgten des Nazi-Regimes in Spitzenpositionen allmählich sogar in israelischen Augen für ein besseres Deutschland. Wenn SPD-Autoren (oder in ihrem Umfeld aktive Theologen wie Helmut Gollwitzer) über das Verhältnis der Linken zu Israel schrieben, betonten sie, die Zionismus-Analysen der Vorkriegszeit seien obsolet geworden. Die moralische Hypothek verbiete ohnehin fast jede deutsche Kritik an Israel. Es waren ganz vorrangig SPD- und DGB-Politiker, die für erste kulturelle Kontakte zum jüdischen Staat sorgten.

Das teilweise idealisierte Israel-Bild blieb von der Beteiligung Israels an der Suez-Aggression 1956 noch unbeeinflusst, brach aber nach dem Sechstagekrieg vom Juni 1967 zusammen. Einerseits ergriffen insbesondere jüdische Emigranten und Überlebende der nazistischen Todeslager vehement Partei für Israel. Sie fanden Unterstützung bei den Spitzen von SPD und DGB wie in den Kirchen. Vor allem linkschristliche Kreise, denen die moralische Verantwortung der Deutschen für das Schicksal der Juden wichtig war, riefen zur Verteidigung Israels und seiner Politik auf. So schrieb Helmut Gollwitzer in seinem wenige Monate nach dem Krieg erschienenen Buch „Vietnam, Israel und die Christenheit“: „Es gibt Fälle, in denen Einseitigkeit Vorurteil ist, und Fälle, in denen einseitiges Urteil christlich geboten ist. Im Falle von Hitlers Überfall auf die Tschechoslowakei, im Falle der Austreibung der Deutschen aus den Ostgebieten, im Falle der arabischen Bedrohung Israels, im Falle Vietnam ist, wie zweiseitig hier wie überall die Schuldursachen auch liegen, einseitige Verurteilung der Aktion selbst geboten.“ (Zit. n. Bergmann: 463.) Gollwitzer legte Israelis und Arabern ein Durchdenken verhärteter Positionen nahe, sprach sich dann aber, ebenso wie z. B. Ernst Bloch, eindeutig für die israelische Seite aus.

Andererseits ging der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS), ohnehin durch den Mord am Studenten Benno Ohnesorg tief aufgewühlt, auf Distanz zur Politik Israels und zu deren Verteidigern in der Bundesrepublik. Eine Erklärung des Bundesvorstandes des SDS hob hervor: „Wir Sozialisten in der BRD, die wir von Anfang an den Kampf gegen den Antisemitismus nicht nur unter moralischen, humanitären oder gar antirassistischen Gesichtspunkten betrieben haben, [dürfen] in der jetzigen Situation unsere Gefühle für das israelische Volk nicht verwechseln [...] mit der rationalen, ökonomischen und politischen Analyse der Position des Staates Israel im internationalen Konfliktsystem zwischen den hochindustrialisierten Ländern und den Ländern der Dritten Welt.“ (Zit. n. Kloke: 69.) Auch Ulrike Meinhof, noch längst keine Terroristin, warnte, die Linke dürfe sich nicht „von den

Sympathien der USA und der BILD-Zeitung vereinnahmen lassen, die nicht Israel gilt, sondern eigenen, der Linken gegenüber feindlichen Interessen.“

Antiimperialismus und Pseudo-Antiimperialismus

In den Folgejahren geriet die emotionale Solidarität studentischer Linker mit den palästinensischen Opfern des Junikrieges oft zu einer naiven Schwärmerei für den „antiimperialistischen Befreiungskampf“ und die „palästinensische Revolution“, in der die Palästinenser nur noch als ein abstraktes Subjekt der Geschichte gesehen wurden, nicht mehr als eine Gesellschaft mit Klassen und ihren Widersprüchen. Dementsprechend galt Israel als imperialistische Macht und nur diejenigen Israelis wurden als Verbündete gesehen, die sich gegen den jüdischen Staat wandten und einem abstrakten demokratischen Einheitsstaat in Palästina den Vorzug gaben – in dem die Juden auf den Status einer nationalen Minderheit reduziert sein würden. Im Falle einiger maoistischer Gruppen, nicht aber der DKP, erwuchs aus diesem Weltbild die Befürwortung antijüdischer Gewaltakte in der Bundesrepublik und Westberlin. Aber die israelkritischen Positionen der Neuen Linken verdichteten sich oft ganz allgemein zu einer antizionistischen Ideologie. Ein abstrakter Faschismusbegriff und ein oft ungenügendes historisches Detailwissen ließen manchen Linken die Einzigartigkeit der nazistischen Judenvernichtung verkennen. Sogar der Terroranschlag auf die israelischen Sportler in München 1972 konnte diese Entwicklung nicht aufhalten. Israel erschien zunehmend als ein militärischer Goliath, der wehrlose Palästinenser mit Brachialgewalt um ihre Lebensrechte brachte. Der Regierungswechsel in Israel 1977 und die Ministerpräsidentenschaft von Menachem Begin mitsamt auch scharfen antideutschen Tönen trug zur weiteren Ausformung eines Negativ-Images bei.

Die israelische Besetzung Südlibanons läutete 1982 eine neue Runde im Verhältnis der westdeutschen Öffentlichkeit zum jüdischen Staat ein. Die mit israelischer Duldung von Falange-Milizen betriebenen Massaker in den Flüchtlingslagern Sabra und Schatila führte nicht nur unter radikalen Linken zu einer Abrechnung, bei der mit Worten wie „Holocaust an den Palästinensern“ nicht gespart wurde. „Mögen sich gute Deutsche“, schrieb der Leiter der Münchner Marxistischen Gruppe, „für den Völkermord des III. Reiches verantwortlich fühlen, mehr als die Unterstützung der neudeutsch-israelischen Freundschaft kommt aus diesem Untertanenbewusstsein sicher nicht heraus. An Beirut können die Gewissenswürmer der deutschen Nation studieren, wohin das führt.“ (Kloke: 156.)

Doch signalisierte dieser Krieg auch einen beginnenden Wandel der Debatten. Dafür verantwortlich waren der Druck seitens progressiver Kräfte des Auslandes, auch israelischer Linker, die zunehmende Relativierung des Holocaust unter der alten und neuen Rechten, die Rückbesinnung auf einen linken Ehrenkodex durch die meisten Grünen und Mitglieder der Alternativen Liste Berlin sowie eine neue Sensibilität innerhalb der Nach-68er-Generation. Dennoch zeigte die fortwährende affektgeladene Aufrechnung nazistischer Verbrechen mit israelischen Untaten ein weiter ungelöstes Problem unter Linken wie auch Nicht-Linken, das auch mit ihren schwierigen Positionen gegenüber der deutschen Geschichte zu erklären war.

Die DDR, Israel und Palästina

Mit der vielgestaltigen Linken in der Bundesrepublik ist die autoritär geführte DDR zwar kaum vergleichbar. Doch auch deren Führung bezog sich auf die Traditionen der Arbeiterbewegung, die indes auf ihren kommunistisch-stalinistischen Zweig verengt wurden. Auch hier kann ich nur skizzenhaft eine widersprüchliche Entwicklung nachzeichnen.

In der Sowjetischen Besatzungszone und dann in der DDR wurde der Antifaschismus in seiner parteikommunistischen Form zur Staatsdoktrin erklärt. Es gab kaum einen offenen Diskurs über die jüngste Vergangenheit, so sehr sich vor allem aus dem Exil

zurückgekommene Emigranten sowie Schriftsteller und Filmschaffende darum bemühten. Die 1949 gegründete DDR sah sich nicht in der Verantwortung für das Geschehene. Der KPD-Widerstand gegen Hitler fand aus ihrer offiziellen Perspektive in der Staatsgründung seine konstruktive Vollendung. Die DDR nahm für sich in Anspruch, den gesellschaftlichen Zustand, der die Nazidiktatur erst ermöglicht hatte, überwunden zu haben. Der nichtkommunistische und gar der Widerstand dissidentischer kommunistischer und sozialistischer Kleingruppen fand kaum Beachtung. Auch die Restitution geraubten Eigentums jüdischer Verfolgter auf dem Gebiet der (späteren) DDR wurde, nach anfänglicher Offenheit in einigen Ländern der SBZ, mit der Begründung abgelehnt, die DDR stehe zum deutschen Faschismus – entgegen der Bundesrepublik – in keinerlei historischer Kontinuität. Die neue sozialistische Eigentumsordnung mache eine Rückgabe gestohlenen Eigentums unnötig und unmöglich. Mit den Reparationsverpflichtungen an die UdSSR im Rahmen der Übereinkünfte der Siegermächte sei der historischen Verantwortung Genüge getan. Daran änderte die Tatsache nichts, dass 1955 in Moskau inoffiziell Sondierungen zwischen der DDR und Israel bezüglich der Reparationsfrage stattfanden, die ergebnislos blieben. Mehr noch: Den Juden wurden zwar attestiert, wie sehr sie gelitten hätten, aber sie hätten nicht gekämpft. Vom jüdischen Widerstand war kaum die Rede – wie damals auch im Westen nicht (vgl. u. a. Keßler 1995).

Die SED hatte zunächst – wie die Sowjetunion – die Staatsgründung Israels mit Verweis auf die Erfahrung von Auschwitz begrüßt.⁵ Tschechoslowakische Waffen, auf Moskaus Geheiß an den jungen Staat geliefert, sicherten ihm wahrscheinlich das Überleben. Nachdem sich Stalins Erwartungen auf einen neuen Verbündeten im Nahen Osten jedoch nicht erfüllten und das gemäßigt-kapitalistische Israel zudem unter sowjetischen Juden große Sympathie gewann, steuerte der Moskauer Diktator nicht nur einen anti-israelischen Kurs, sondern begann in antisemitischer Manier die sowjetisch-jüdischen Intellektuellen zu verfolgen.

Die von der UdSSR abhängige DDR musste nachziehen. Wie die Tschechoslowakei mit dem Slánský-Prozess sollte auch die DDR durch Entlarvung sogenannter Parteifeinde ihre Unterordnung unter Moskau zeigen. Zuerst ins Fadenkreuz geratene jüdische Kandidaten für einen Prozess wie Alexander Abusch oder Gerhart Eisler schieden jedoch aus. Sieben Jahre nach Auschwitz wurde der Nichtjude und „Prozionist“ Paul Merker, der sich besonders engagiert für eine „Wiedergutmachung“ der deutschen Verbrechen an den Juden eingesetzt hatte, im Dezember 1952 zum Opferlamm. Merkers Forderung nach Entschädigung für im Ausland lebende Juden wurde parteioffiziell mit dem Nazi-Terminus der „Verschiebung von deutschem Volksvermögen“ gebrandmarkt. Auch Stalins Tod am 5. März 1953 verhinderte nicht Merkers Verurteilung und Inhaftierung – nunmehr in einem Geheimprozess. 1956 wurde er aus der Haft entlassen, doch nur halbherzig rehabilitiert. Jüdinnen und Juden verließen das Land. Sechs von sieben jüdischen Gemeindevorstehern, darunter auch der Kommunist Julius Meyer, hatten bis 1953 der DDR den Rücken gekehrt.

Merkers Schicksal blieb ein Tabu, die Aufarbeitung der eigenen Geschichte beeinflusste dies nachhaltig und negativ. Es war nicht das einzige Problem der DDR. Friedhofsschändungen, Beschimpfungen und Verfolgungen hatten ihre Wurzeln angeblich nur in der Vergangenheit oder beim „Klassengegner“ im Westen – nicht in den Verhältnissen in der DDR.

Als die Sowjetunion eine israelfeindliche Position bezog, musste die DDR dies zwar gleichfalls tun. Sie tat es aber mit besonderer, auch abstoßender Vehemenz, hatte sie doch

⁵ Die Sowjetunion, die USA und Frankreich gehörten zur Mehrheit der UN-Mitglieder, die am 29. November 1947 für die unumgängliche Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat stimmten. Die bisherige Mandatsmacht Großbritannien enthielt sich der Stimme, die arabischen Staaten stimmten dagegen.

aufgrund des diplomatischen Boykotts durch die engstirnige „Hallstein-Doktrin“ der Bundesrepublik ein spezifisches Eigeninteresse an guten Beziehungen zu Israels Feinden in der arabischen Welt. Ägypten und Syrien versprachen die Durchbrechung der diplomatischen Isolation. In der Tat nahm die DDR zu einer Reihe arabischer Staaten – erstmals außerhalb des Sowjetblocks – diplomatische Beziehungen auf, nachdem die Bundesrepublik und Israel 1965 den Austausch von Botschaftern vereinbart hatten. So wurde der Feldzug gegen den Zionismus ein aus eigenem Antrieb gepflegter fester Kernbestandteil der DDR-Staatsdoktrin. Israels arabische Gegner wurden von den Staaten des Ostblocks mit Waffen beliefert, ideologisch und politisch aufmunitioniert. Im November 1975 unterstützte die DDR die UN-Resolution 3379, die den Zionismus als eine Form des Rassismus brandmarkte. Doch stellte sie die Legitimität des Staates Israel nie in Frage. Für manche Kritiker waren jedoch die Beteuerungen der DDR-Führung, sie achte Israels Existenz, nur Zeichen eines zynischen Doppelspiels. Die Wahrheit aber sei ein „unerklärter Krieg“ gegen den jüdischen Staat gewesen. Dies habe schon 1969 Ulbrichts Angebot an die Sowjetunion gezeigt, DDR-Freiwillige zur militärischen Unterstützung nach Syrien zu schicken, wobei die Offerte in Moskau ausgeschlagen wurde. Die DDR-Führung war über die Angriffspläne Syriens und Ägyptens im Oktober 1973 frühzeitig informiert. Sie unterstützte beide Staaten in der „Geheimoperation Aleppo“ mit umfangreichem Kriegsgerät. Die DDR flog zudem Terroristen der Roten Armee Fraktion nach Jemen aus und entzog sie damit der bundesdeutschen Justiz (vgl. Timm 1997; Maeke 2017; Herf 2019).

Das Verhältnis zwischen Israel und der DDR war und blieb bis 1989/90 ein Nichtverhältnis, wenngleich das Bemühen der DDR-Partei- und Staatsführung um internationale und nicht zuletzt um die Anerkennung der USA in den späten Jahren ihrer Existenz auf vorsichtige Annäherung an Israel hinauslief. In der DDR-Gesellschaft erwachte in diesen Jahren ein neues Interesse an jüdischer Existenz und jüdischer Kultur. In den Kirchen, teils auch in den Medien und der Wissenschaft entstand ein differenzierender Diskurs, der sich von der offiziellen DDR-Position unterschied. Zu nennen ist die Hebraistin Angelika Timm, die mit hohem persönlichem Einsatz die Übersetzung und Drucklegung einer Reihe israelischer Schriftsteller in der DDR ermöglichte, keineswegs nur politisch linker Autoren.

Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen kam es zwischen der DDR und Israel nicht mehr, wenngleich die Regierungen Modrow und de Maizière diesbezügliche Schritte unternahmen – unter Einschluss der Bereitschaft zur Übernahme vermögensrechtlicher Verantwortung. Am 12. April 1990 verabschiedete die Volkskammer der DDR einstimmig eine Erklärung, in der sie die Juden der Welt um „Verzeihung [bat] für Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik gegenüber dem Staat Israel und für die Verfolgung und Entwürdigung jüdischer Mitbürger auch nach 1945“.⁶

Zwischenbilanz: Einige Schlüsse und Fragen

Erstens: An dieser Stelle sei die Geschichte der Arbeiterbewegung zum Thema neu befragt: Dem Konzept einer Assimilation durch Integration bei Verzicht auf jüdische Identität, wie es in der Zwischenkriegszeit die Komintern und Teile der Sozialistischen Arbeiterinternationale verfochten hatten, hatten vorrangig zwei Alternativkonzepte entgegengestanden: das des Jüdischen Arbeiterbundes – Integration durch Organisation eigenständigen jüdischen Lebens – und der Zionismus mit dem Ziel der Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina, der möglichst vielen Juden zur Heimstatt werden sollte. Der Massenmord an den europäischen Juden strich beide Möglichkeiten von der politischen Agenda. Dennoch sollten beide Konzepte kritisch danach befragt werden, inwieweit sie eine – aus dem historischen Kontext

⁶ Die Erklärung ist abgedruckt in: Neues Deutschland vom 14./15.4.1990.

heraus und nicht nur im Nachhinein – realisierbare Möglichkeit boten, den Antisemitismus erfolgreich zu überwinden. Natürlich muss der Doppelcharakter des Zionismus dabei Beachtung finden: seine emanzipatorische Seite ebenso wie seine gegen die Araber Palästinas gerichtete Dimension.

Es sollte *zweitens* klargeworden sein, dass das sozialistische Assimilationskonzept durch Auschwitz und die ihm folgenden Entwicklungen, die Gründung des Staates Israel, aber auch durch den stalinistischen Antisemitismus vollends fraglich wurde. Dieses Konzept hatte die Integration der Juden in die allgemeine Arbeiterbewegung wie in die Gesamtbevölkerung ihrer jeweiligen Länder zum Prinzip erhoben. Eine solche doppelte Forderung an progressive Juden, ihre Identität mindestens teilweise aufzugeben, hat aber auf lange Sicht weder zum Abbau des Antisemitismus irgendwo in der Welt beigetragen, noch gar die Massenvernichtung im Zweiten Weltkrieg verhindern können. Sie ermöglichte auch keine Integration der Juden in die Gesellschaft der Sowjetunion oder einiger anderer, dem Anspruch nach sozialistischen Ländern. Zumindest erleichterte der Verzicht auf jüdische Identität eine Integration nicht.

An einen *dritten* Punkt, so eminent wichtig er ist, kann hier aus Zeitgründen nur kurz erinnert werden: Die proletarischen Kleinorganisationen und ihre wichtigsten Vertreter haben vor dem Machtantritt Hitlers die nazistische Bewegung, einschließlich ihres verinnerlichten Antisemitismus, präziser analysiert als Komintern- und SAI-Experten. Ist es ein Zufall, dass Leo Trotzki, der eine der besten und konsistenten individuellen Faschismus-Analysen gab, auch als erster innerhalb der Arbeiterbewegung die schreckliche Möglichkeit einer totalen Vernichtung der Juden antizipierte? In einem Brief vom 22. November 1938 an amerikanische Genossen, den die Zeitschrift „Fourth International“ im Dezember 1945 abdruckte, schrieb er: „Es ist ohne Schwierigkeiten möglich, sich vorzustellen, was die Juden beim bloßen Ausbruch des künftigen Weltkrieges erwartet. Aber sogar ohne Krieg wird gewiss die nächste Entwicklung der Weltreaktion die *physische Ausrottung der Juden* bedeuten.“ (Trotzki 2022: 157; auch in: Keßler 2022: 337.)

Viertens erzwingt vor allem der Zerfall der kommunistischen Bewegung langandauernde Überlegungen zu den Ursachen, aber auch zu den Folgen. Der nach den traumatischen Erfahrungen mit dem Nazismus später in Nordamerika, in Westeuropa und sogar in einigen osteuropäischen Ländern wie der DDR und Ungarn zeitweilig zurückgedrängte Antisemitismus konnte mit einer allmählichen Verunsicherung und Verarmung breiter Teile der abhängig Beschäftigten in den westlichen Industriestaaten sowie mit den verheerenden Begleiterscheinungen des Umbruchs in Osteuropa erneut zu einer politischen Kraft werden. Mit der langanhaltenden wirtschaftlichen Depression in einer Reihe entwickelter Länder mit einem relevanten jüdischen Bevölkerungsanteil erlebten diese Schichten – trotz des unleugbaren Stalinschen Antisemitismus – ein Ende der zwei Generationen lang dauernden Aufwärtsentwicklung, so wichtig die Gründung zahlreicher jüdischer Kulturinstitutionen seit 1990 wurde. Der größte Teil der Juden in Ost- und Ostmitteleuropa zog es vor, nach Israel, in die USA oder auch nach Deutschland auszuwandern. Gerade in Israel war und ist jedoch aufgrund der militärischen Konflikte die physische Existenz von Juden tragischerweise mehr bedroht als an fast jedem anderen Platz der Welt.

Dabei wurde der Golfkrieg 1991 besonders in Deutschland zu einer weiteren Zäsur innerlinker Auseinandersetzungen. Im Sog des Verfalls einstiger linker Gewissheiten nach dem Zusammenbruch der DDR mutete die Parteinahme für den Irak auch „wie der verzweifelte Versuch an, gegen die politischen Offenbarungen der Gegenwart elementare Bestimmungen eines linken Selbstbegriffs aufrechtzuerhalten“, schrieb Dan Diner (Diner 1991: 38). Hierzu gehörte Konzept der Dritten Welt und später des Globalen Südens gegen den Imperialismus.

Die blutige Realität am Golf wurde besonders in der radikalen Linken jenseits von SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen von der Suche nach einer neuen Identität überdeckt.

Doch kam es dabei auch zu apokalyptischen Weltansichten, die sich mit undifferenzierter Kritik an der vermeintlichen Geldgesellschaft der USA und überhaupt „des Westens“ verbanden. Hier liegt die Wurzel des heutigen linken Antisemitismus, der sich aus einem unreflektierten Antikapitalismus speiste. Die Kritik an der Geldwirtschaft und am daran geknüpften Vormachtstreben der USA war zum Teil nur oberflächlich antiimperialistisch ausgerichtet, doch dabei mit Ressentiments verbunden, die ihre tiefere Ursache zum Teil in Versatzstücken des alten Antisemitismus hatten, der ins 19. Jahrhundert zurückreichte, wenngleich ohne dessen rassistische Elemente. Dabei geriet der Staat Israel als bloßer „imperialistischer Militärstützpunkt“ zur Ursache allen Übels im Nahen Osten schlechthin. Wohl keiner der Linken, die das Wort vom „imperialistischen Militärstützpunkt“ Israel gebrauchten, wusste, dass es von Walter Ulbricht stammte.⁷ Die Behauptungen von Israel als alleinigem Profiteur von Krieg und Gewalt im Nahen Osten unterschlug die Tatsache, dass Israels Bevölkerung zu den Hauptleidtragenden des Konfliktes gehört. Einem derart verkürzten Verständnis von Imperialismus und Antiimperialismus bietet seit den 1990er Jahren die Zeitung „Junge Welt“ zunehmend ein Sprachrohr. Am Rande der SPD entstand mit dem Internet-Journal „Nachdenk-Seiten“ eine Plattform ähnlichen Zuschnitts, wenn auch nicht ganz so grob. Die PDS bezog eine grundsätzlich mit Israel solidarische, auch selbstkritische Haltung. In der Partei Die Linke traten jedoch, lange vom Vorstand ignoriert oder beschwichtigt, Stimmen auf, die das Existenzrecht Israels infrage stellten, was zur existenziellen Krise dieser Partei beitrug. Doch reichte das Problem weit über den deutschen Rahmen hinaus

Nach dem Hamas-Massaker: Schmerzhaftes Fragen

Der sadistische Angriff der Hamas auf friedliche Zivilisten in Israel, der am 7. Oktober 2023 1400 Menschen das Leben kostete, war der größte Massenmord an Juden nach dem Holocaust. Auf eindringliche Weise forderten in einer ersten Reaktion über neunzig israelische Linksintellektuelle internationale Solidarität in einem Aufruf ein, der am 12. Oktober in der Zeitung „Haaretz“ erschien. Die Unterzeichner, von denen der Schriftsteller David Grossman, die Soziologin Eva Illouz⁸ und der Historiker Yuval Harari international am bekanntesten sind, schrieben, sie benötigten „mehr denn je die Unterstützung und Solidarität der globalen Linken in Form eines unmissverständlichen Aufrufs gegen willkürliche Gewalt.“ Der Aufruf zeigt eine tiefe Enttäuschung über die „unzureichende Reaktion“ amerikanischer und europäischer Linksliberaler und Sozialisten angesichts des von der Hamas an israelischen Zivilisten verübten Massakers. Diese „Linken“ würden auf die falsche Seite der Geschichte geraten, sollten sie den Terror der Hamas als Teil eines kollektiven Widerstandes gegen den kapitalistischen Feind preisen. „Doch zu unserer Bestürzung“ heißt es, „haben einige Personen innerhalb der globalen Linken, die bisher unsere politischen Partner waren, mit Gleichgültigkeit auf diese schrecklichen Ereignisse reagiert und manchmal sogar die Aktionen der Hamas gerechtfertigt.“

„Einige weigern sich“, fährt der Aufruf fort, „die Gewalt zu verurteilen, und behaupten, Außenstehende hätten kein Recht, über die Taten der Unterdrückten zu urteilen. Andere haben das Leid und Trauma heruntergespielt und behauptet, die israelische Gesellschaft habe diese Tragödie selbst verursacht. Wieder andere haben sich durch historische Vergleiche und

⁷ In einem Interview (mit Gerhart Eisler) des Deutschlandsenders am 7.3.1965, das auch im DDR-Fernsehen gesendet wurde, in: Keßler 1995: 172.

⁸ Eva Illouz hat ihre Haltung inzwischen bekräftigt und präzisiert in einem Artikel (Illouz 2023a) und einem Interview (Illouz 2023b).

Rationalisierungen vor dem moralischen Schock geschützt. Und es gibt sogar diejenigen – nicht wenige –, für die der dunkelste Tag in der Geschichte unserer Gesellschaft ein Grund zum Feiern war.“⁹

Diese Erklärung sollten linke Deutsche zum Maßstab ihres Handelns nehmen. Dies nicht zu tun, würde sie um jeden politischen und moralischen Kredit bringen – nicht nur unter Israelis und Juden, sondern auch unter solchen Palästinensern, deren Stimme noch immer von der menschenfeindlichen Hamas erstickt wird. Seitdem die israelische Armee, zuerst zögernd, dann aber massiv, zurückschlug, steigt die Zahl der „linken“ Stimmen, vor allem in England, den USA, Spanien und Frankreich, die „Israels Völkermord“ in Gaza beklagen und den schon in der Gründungscharta der Hamas im Artikel 7 festgelegten Aufruf zum Genozid an den Juden kleinreden. Eine „zweite Nakba“, eine Vertreibung der Palästinenser, wird beschworen, die der Nakba vorangehende „jüdische Nakba“, die Massenvertreibung der Juden aus arabischen Ländern, wird verschwiegen. Die Folgen zeigen sich auch in Deutschland bei pro-palästinensischen Demonstrationen. In Gruppen, die sich feministisch und queer nennen, bis leider hin zu Troztkisten wird die Hamas als eine antikoloniale Befreiungsbewegung bezeichnet. Eine vulgär-materialistische Kritik sieht Israel als koloniales Projekt des Westens und nichts sonst. Vgl. u.a. Brehmer 2023; Beck / Jacob 2023) Sie erkennt, sofern überhaupt Kenntnisse vorliegen, den Doppelcharakter des politischen Zionismus, der eine nationalistische wie auch eine Emanzipationsbewegung war und wegen eigener Schwäche vom britischen Kolonialismus in Dienst genommen wurde, bis Großbritannien auf die Seite der arabischen Feudalherren wechselte und die Tore Palästinas den Flüchtlingen verschloss, die Hitlers Judenhasse zu entkommen suchten.

Eine legitime Kritik an der Politik Israels, auch an der Siedlungspolitik, gibt dem Terror der Hamas indes ebenso wenig Gründe in die Hand, wie westliche Politik dem russischen Angriff auf die Ukraine auch nur einen Anschein der Berechtigung verleiht. Doch sollten Deutsche mit unerbetenen Ratschlägen an Israelis und Palästinenser zurückhaltend sein.

Wie geht es weiter? Ist eine Zweistaaten-Lösung als mittelfristiger Ausweg aus der Krise noch denkbar, womöglich mit Gaza unter internationaler Verwaltung? Denn alle Pläne des Zusammenlebens von Israelis und Palästinensern in einem Staat sind passé. Sogar die verbesserten Beziehungen Israels zu Marokko, Saudi-Arabien und den Golfstaaten konnten die Konflikt-herde nicht eindämmen: Gerade diese Fortschritte motivierten die Hamas zum Losschlagen.

Israel hat die Hamas weitgehend zerschlagen. Besteht nun auf mittlere Sicht die bescheidene Hoffnung auf ein Israel unter einer gemäßigt rechten Regierung, die den Ausbau der jüdischen Siedlungen im Westjordanland stoppt? Die israelische Linke ist wohl für lange Zeit chancenlos zur politischen Gestaltung. Was bedeutet all dies für die Palästinenser?

Denn eine Linke muss auch an die Opfer von Gaza denken und nunmehr entschieden für den Stopp der erfolgreich verlaufenen Militäraktion eintreten. Dies ist eine, wenngleich nicht die einzige Voraussetzung, damit die Palästinenser sich überhaupt dereinst vom mörderischen Islamismus und dessen iranischen Drahtziehern befreien können. Der Sturz des Teheraner Regimes ist zweifelsfrei der Schlüssel für eine bessere Zukunft aller Menschen im Nahen Osten. Denn auch die Palästinenser brauchen diese Hoffnung.

Die Hamas hat den militärischen Kampf vorerst verloren, doch den Krieg der Bilder gewonnen. Die Kriegführung des israelischen Militärs lässt nicht Wenige allzu leicht vergessen, dass sie die Reaktion auf einen brutalen Überfall ist. So haben viele Linke zu einer

⁹ A Betrayal of Our Fundamental Principles (2023). Unter den Unterzeichnern befand sich mit dem früheren Knesset-Abgeordneten Taleb el-Sana (Arabische Demokratische Partei) auch ein arabischer Bürger Israels. Israels Präsident Isaac Herzog erinnerte an die arabischen Opfer des Hamas-Terrors, sowohl an Unbeteiligte wie an Araber in den israelischen Sicherheitskräften.

„Israelkritik“ gefunden oder zurückgefunden, hinter der sich nichts als ein antiimperialistisch maskierter Antisemitismus verbirgt. Dies geschieht bei einem weltweit anschwellenden Judenthass. Ihn zu bekämpfen, bleibt eine dauernde Aufgabe.

Damit nenne ich den *fünften* und für uns heute wichtigsten Punkt meiner Schlussfolgerungen: Stehen Linke für Menschenrechte, für Universalismus und Internationalismus? Oder gilt dies nicht, wenn es gegen Israel geht? Begreifen Linke, dass auch hinter der Boykottkampagne gegen Israels Künstler eiskalt kalkulierende Antisemiten stehen? In den USA haben sich Teile von Black Lives Matter und der Democratic Socialists of America aus falsch verstandener Palästina-Solidarität in den Fallstricken eines Pseudo-Antikolonialismus verfangen und sind in den Antisemitismus abgeglitten. Andere sind gar zu Judenthassern geworden, denen jede Gewalt inzwischen Recht ist. Die Zustände an amerikanischen Universitäten gleichen inzwischen fast denen der Weimarer Republik oder Polens und Rumäniens der Zwischenkriegszeit. Jüdische Studenten und Professoren müssen zum Teil um ihr Leben und ihre Gesundheit fürchten. Doch sollte uns dies klarmachen: Hinter dem Schlagwort der Zionismus- und Israel-Kritik verbirgt sich, und dies gilt besonders seit dem 7. Oktober 2023, kaum etwas anderes als der Judenthass, der am Beginn des Vulgär-Sozialismus stand.

Auf bedrückende Weise schließt sich hier ein Kreis und der Antisemitismus feiert als Antikapitalismus des dummen Kerls seine Auferstehung. Eine, für mich zentrale Ursache dafür ist, hier wiederhole ich mich, dass diese Linke – oder Pseudo-Linke – in den Palästinensern undifferenziert ein Subjekt antikolonialer Befreiung sieht, was mit der weltweiten linken Abwendung von der Klassenpolitik und ihrem Schein-Ersatz durch Identitätspolitik zu tun hat. Die eigene Unfähigkeit politischen Handelns wird auf die angeblich neokolonial unterdrückten Massen eines so bezeichneten „Globalen Südens“ übertragen. Israel steht hingegen, jenseits aller Klassenanalysen, für den imperialistischen Teil der Welt, ja – um den Ausdruck Walter Ulbrichts aufzugreifen – als dessen Speerspitze.

Doch zwingt diese sich formierende Einheitsfront ungleicher Partner – Pseudolinker, Rechtsradikaler und Islamisten – zu einer weiteren Frage: Wie weit ist auf mittlere Sicht das Überleben einer jüdischen Diaspora als Gruppe außerhalb Israels noch gewährleistet? Wie weit können Juden in Deutschland und den USA (den beiden Ländern, wo ich dies beurteilen kann) noch als erkennbare Gemeinschaft, sei diese religiös oder kulturell-säkular bestimmt, noch unbedrängt überleben? Als Individuum mag der Jude sich noch prekär „assimilieren“ können – in einer Welt, die von den Lehren, die uns Faschismus und Holocaust hinterließen, immer weniger wissen mag. Als Gemeinschaft aber können Juden wohl bald, und dieser Zeitpunkt ist nicht mehr fern, ihr soziales Leben nur noch innerhalb bunkerähnlicher Festungen gestalten; ich habe dies im Umfeld der Yeshiva University, wo ich lange unterrichtet habe, schon vor wenigen Jahren erleben müssen. Doch steht außer Frage, dass Regierungen und eine zahlreiche Öffentlichkeit jüdisches Leben schätzen und dieses Leben schützen wollen.

Aber sie schaffen es kaum noch, weder in Deutschland, noch in Frankreich, nicht mehr in den Niederlanden, nirgendwo. Dabei brachte in den USA gerade Donald Trump im Wahlkampf, wie eine jüngste Veröffentlichung zeigt, „die ambivalente Natur seines Verhältnisses zu den Juden auf sehr direkte Weise zum Ausdruck: Er forderte sie auf, sich für eine Seite zu entscheiden, die die ihres Beschützers sein müsse, oder sie riskierten, zum Feind zu werden und erneut zu den korrumpierenden Elementen des wahren Amerikas zu werden“ – eine tendenziell antisemitische Aussage, die von Juden ein Wohlverhalten als Preis für Akzeptanz abfordert, die in vormodernen Gesellschaften den Judenthass nicht verhinderte. (Karsenti 2024).

Nichts deutet darauf hin, dass diese Zustände in absehbarer Zeit geändert werden können. Doch um eine solche Änderung muss sich mit ganzer Kraft bemühen, wer überhaupt für sich in Anspruch nehmen möchte, das Erbe der Aufklärung und seines – trotz aller Widersprüche – legitimen Abkömmlings, des Sozialismus, zu bewahren.

Bibliographie:

- „A Betrayal of Our Fundamental Principles. Israeli Leftist Academics Call Out Political Allies for Tolerating Hamas“ (2023), *Haaretz, English Edition*, 15.10. (zuerst hebräisch am 12.10.).
- Aksel'rod, P. B. (1924): „O zadačach evrejsko-sočialističeskoj intelligencii“, *Iz archiva P. B. Aksel'roda* (1924), Berlin: Russkij revoljucionnyj archiv, S. 217–227.
- Aronson, Irving Michael (1990): *Troubled Waters. The Origins of the 1881 Anti-Jewish Pogroms in Russia*, Pittsburgh: University of Pittsburgh Press.
- Ascher, Abraham (1965): „Pawel Axelrod: A Conflict Between Jewish Loyalty and Revolutionary Dedication“, *The Russian Review* (24/3), S. 249–265.
- Bakunin, Michail (1969): „Persönliche Beziehungen zu Marx [1871/72]“, ders., *Gott und der Staat und andere Schriften*, hrsg. von Susanne Hillmann, Reinbek: Rowohlt, S. 174–190.
- Bebel, August (1894): [Interview]. Hermann Bahr (Hg.), *Der Antisemitismus. Ein internationales Interview* [Berlin 1894], S. 24, (Neudruck 1979) Königstein im Taunus: Jüdischer Verlag.
- Beck, Jean-Philipp Beck / Christian Jakob (2023): „Linke ohne Leitplanken“, *Die Tageszeitung (Taz)*, 28.10.
- Bergmann, Theodor (1968): „Gewissenserforschung im Nahost-Konflikt“, *Gewerkschaftliche Monatshefte* (19/8), S. 462–466.
- Brehmer, Marten (2023): „Claqueure des Völkermordes“, *Konkret*, Heft 11, S. 12.
- Brumlik, Micha (1991): „Antisemitismus im Frühsozialismus und Anarchismus“, ders. u. a. (Hrsg.), *Der Antisemitismus und die Linke*, Frankfurt am Main: Haag + Herchen, S. 7–16.
- Bunzl, John (1975): *Klassenkampf in der Diaspora. Zur Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung*. Wien: Europaverlag.
- Diner, Dan (1991): *Der Krieg der Erinnerungen und die Ordnung der Welt*. Berlin: Wagenbach.
- Dreyfus, François-Georges (1981): „Antisemitismus in der Dritten Französischen Republik“, Martin, Bernd / Ernst Schulin (Hrsg.), *Die Juden als Minderheit in der Geschichte*, München: Deutscher Taschenbuchverlag, S. 231–248.
- Frankel, Jonathan (1981): *Prophecy and Politics. Socialism, Nationalism, and the Russian Jews, 1862–1917*, Cambridge [UK]: Cambridge University Press.
- Frei, Bruno (1975): „Marxist Interpretations of the Jewish Question“, *Wiener Library Bulletin*, (25/26), S. 2–8.
- Grab, Walter (1986): „Sozialpropheten und Sündenböcke. Juden in der deutschen Arbeiterbewegung 1840 bis 1933“, Julius H. Schoeps (Hrsg.), *Juden als Träger bürgerlicher Kultur in Deutschland*. Stuttgart-Bonn: Burg-Verlag, S. 357–376.
- Green, Nancy L. (1985): „Socialist Anti-Semitism, Defense of a Bourgeois Jew and Discovery of the Jewish Proletariat. Changing Attitudes of French Socialists before 1914“, *International Review of Social History* (30/3), S. 374–399.
- Heller, Otto (1932): „Kommunismus und Judenfrage.“ Klärung. 12 Autoren, Politiker über die Judenfrage, Berlin: Verlag Tradition, S. 79–96.
- Heller, Otto (1933): *Der Untergang des Judentums. Die Judenfrage/Ihre Kritik/Ihre Lösung durch den Sozialismus*, 2. Aufl., Wien/Berlin: Verlag für Literatur und Politik.
- Herf, Jeffrey (2019): *Unerklärte Kriege gegen Israel. Die DDR und die westdeutsche radikale Linke 1967–1989*, übersetzt von Norbert Juraschitz, Göttingen: Wallstein.
- Illouz, Eva (2023a): „Wir, die Linken? Nicht mehr“, *Süddeutsche Zeitung*, 27.10.
- Illouz, Eva (2023b): „Die internationale Linke hat es versäumt, Mitgefühl zu zeigen“, *Frankfurter Rundschau*, 30.10.
- Karsenti, Bruno (2024): „Trump and the war of the Jews“, *KJews, Europe, 21st Century*, 31.10. 2024, https://k-larevue.com/en/trump-and-the-war-of-the-jews/?utm_campaign=K.%20La%20Revue%20%23189EN&utm_medium=email&utm_source=Mailjet.

- Keßler, Mario (1995): *Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967*, Berlin: Akademie-Verlag.
- Keßler, Mario (2022): *Sozialisten gegen Antisemitismus. Zur Judenfeindschaft und ihrer Bekämpfung (1844–1939)*, Hamburg: VSA.
- Kloke, Martin W. (1990): *Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses*, Frankfurt a. M.: Haag + Herchen.
- Maeke, Lutz (2017): *DDR und PLO. Die Palästina-Politik des SED-Staates*, Berlin: De Gruyter-Oldenbourg.
- Melis, François (2019): *Karl Marx und Friedrich Engels – Ihr ambivalentes Verhältnis zum Judentum*, Berlin: Helle Panke (Philosophische Gespräche, Nr. 58).
- Mendelsohn, Ezra (1970): *Class Struggle in the Pale. The Formative Years of the Jewish Workers' Movement in Tsarist Russia*, Cambridge [UK]: Cambridge University Press.
- Silberner, Edmund (1983): *Kommunisten zur Judenfrage. Zur Geschichte von Theorie und Praxis des Kommunismus*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Sternhell, Zeev (1978): *La droite révolutionnaire. Les origines françaises du Fascisme 1885–1914*, Paris: Éditions du Seuil.
- Timm, Angelika (1997): *Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel*, Bonn: Bouvier.
- Trotzki, Leo (2022): „Die Gefahr der Ausrottung des jüdischen Volkes“. Mario Keßler (Hrsg.). *Leo Trotzki oder: Sozialismus gegen Antisemitismus*, Berlin: Dietz Berlin, S. 156–158.
- Weinstock, Nathan [1984]: *Le pain de misère. L'histoire du mouvement ouvrier juif en Europe*, Bd. 1, Paris: La Découverte.
- Wolff, Frank (2014): *Nene Welten in der Neuen Welt. Die transnationale Geschichte des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes 1897–1947*, Köln/Weimar/Wien: Böhlau.
- Zévaès, Alexandre (1947): *Histoire du socialisme et communisme en France de 1871 à 1947*, Paris: Éditions France-Empire.

E-Mail-Adresse des Verfassers: mariokessler@yahoo.com.